Demokratische Öffentlichkeit unverkäuflich machen

Elon Musk, der Gründer von Tesla und Space X, polarisiert. Auch mit seinem neuesten Vorhaben: dem Kauf der Kurznachrichtenplattform Twitter. Der ist unter demokratischen Vorzeichen betrachtet ein Problem.

Leonhard Dobusch

Wenn Elon Musk Twitter kauft, dann wechselt nicht nur ein Unternehmen den Besitzer. Obwohl Twitter verglichen mit anderen Plattformen wie Facebook oder Youtube ein Zwerg ist, kommt der Plattform eine große Bedeutung für demokratische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter zu. Das gilt auch für Österreich. Eine Vielzahl jener, die in Politik, Journalismus und Zivilgesellschaft Rang und Namen haben, ist dort vertreten – und stellt sich in Echtzeit den kritischen Kommentaren der „Twitteria".

Wer sich sorgt, dass Musks Vision von Twitter als einer „Arena der freien Meinungsäußerung" eher nach einem Freibrief für Hetzer und Trolle klingt, für den stellt sich die Frage nach Alternativen. Allerdings ist es so, dass auch die anderen großen Digitalplattformen von einer Handvoll obszön reicher Männer wie Mark Zuckerberg (Facebook, Instagram, Whatsapp) und den Google-Gründern Sergey Brin und Larry Page (Youtube) oder einem chinesischen Staatskonzern (Tiktok) kontrolliert werden.

Wir halten es heute für völlig selbstverständlich, dass eine Handvoll Menschen den Großteil des Internets dominieren, weltweit. Und damit sagenhaft viel Geld verdienen.

Verschärfte Konfliktlinien

Eine weitere Gemeinsamkeit dieser Plattformen ist deren Geschäftsmodell. Es basiert auf der Vermarktung unserer höchstpersönlichen Nutzungsdaten an Werbekunden. Je länger wir auf diesen Plattformen unterwegs sind, umso besser. Daher werden uns Inhalte empfohlen, die uns aufregen und die wir gern anklicken. Der Preis dieser Strategie zur Profitmaximierung: Verschwörungsmythen verbreiten sich wie Lauffeuer, gesellschaftliche Konfliktlinien verschärfen sich.

Die politischen Versuche, hier regulierend einzugreifen, waren bislang nicht von Erfolg gekrönt: zu wenig, zu zahnlos, zu spät. Vor einer weitergehenden Möglichkeit, private Plattformmacht zu beschränken, schreckt die Politik in Europa wie in den USA noch zurück: die Zerschlagung von Plattformen, die zu groß geworden sind, um sie mit Regulierung wirksam in Schranken zu verweisen. Facebook wieder von Instagram und Whatsapp zu trennen wäre hier ein besonders naheliegender, erster Schritt. An der unangefochtenen Dominanz profitorientierter und werbefinanzierter Geschäftsmodelle würde aber auch eine Zerschlagung nichts ändern.

Foto: AP / Patrick Pleul

US-Milliardär Elon Musk übernimmt die Plattform, die auch Politikerinnen und Politiker weltweit als Sprachrohr nutzen.

Warum ist das auch unter demokratischen Vorzeichen betrachtet ein Problem? Die Besitzer von Youtube, Instagram, Facebook und Twitter haben eine extreme Macht, etwa wenn sie Nutzer sperren, die gegen ihre Standards verstoßen. Nicht, dass man inhaltlich etwas dagegen haben muss, Donald Trumps Umsturzfantasien nicht mehr auf Twitter zu finden. Aber die Frage, wer das und mit welchem Mandat entscheidet, ist angesichts der Dominanz der großen Konzerne durchaus virulent. Und letzten Endes gibt es auch so etwas wie algorithmisches Versagen: Wenn sich die falschen Meldungen über die US-Wahlen besser verbreiten als die richtigen, zeigt das die Grenzen einer solchen Auswahl.

Lücke füllen

Deshalb braucht es zusätzlich Anstrengungen, um reichweitenstarke Alternativen mit einem anderen Geschäftsmodell als die dominanten Plattformen aufzubauen. Wäre es nicht die Aufgabe eines modernen öffentlich-rechtlichen Angebots, diese Lücke zu füllen? Denn private Medienmacht auszubalancieren und so zu einer vielstimmigen Öffentlichkeit beizutragen war historisch einer der wichtigsten Gründe für die Gründung öffentlich-rechtlicher Medien. Nicht, weil das Programm von öffentlich-rechtlichen Sendern wie dem ORF automatisch qualitativ besser als jenes der privaten Konkurrenz wäre. Das ist es nicht. Aber eine Gesellschaft ist besser dran, wenn es neben privaten, profitorientierten auch gemeinnützige, primär an einem demokratischen Auftrag orientierte Medien gibt.

Wir müssten den großen kommerziellen Plattformen ein offenes, grenzüberschreitendes Ökosystem gemeinnütziger Medien und Plattformen gegenüberstellen. Teil des demokratischen Auftrags öffentlich-rechtlicher Medien wäre es, die Infrastruktur für dieses Ökosystem auf Basis offener Software und Protokolle bereitzustellen. Auf diese Weise würde eine digitale Grundlage für demokratische Öffentlichkeit geschaffen, die auch der reichste Mensch der Welt nicht übernehmen könnte, sondern dauerhaft uns allen gehört.

LEONHARD DOBUSCH ist Professor für Organisation an der Universität Innsbruck und wissenschaftlicher Leiter des Momentum-Instituts in Wien. Nach sechs Jahren als Vertreter für den Bereich Internet im ZDF-Fernsehrat wurde der Betriebswirt und Jurist im März 2022 in den Verwaltungsrat des Senders gewählt.

ZITIERT

„Maximaler Spaß" mit Twitter

Elon Musk gab sich auf Twitter zuletzt als Spaßvogel. „Lasst uns Twitter zum maximalen Spaß machen!", twitterte er, nachdem er sich einen Scherz auf Kosten eines Getränkeherstellers erlaubte: „Als Nächstes kaufe ich Coca-Cola, um das Kokain wieder unterzumischen." Aber wie ernst meint er es mit der Plattform? Eine Auswahl von Tweets zum Diskursverständnis Musks:

- **27. April** „Damit Twitter das öffentliche Vertrauen verdient, muss es politisch neutral sein, was effektiv bedeutet, die extreme Rechte und die extreme Linke gleichermaßen zu verärgern."
  „Truth Social (schrecklicher Name) existiert, weil Twitter die freie Meinungsäußerung zensiert."
- **26. April** „Unter ‚freier Meinungsäußerung' verstehe ich einfach das, was dem Gesetz entspricht. Ich bin gegen eine Zensur, die weit über das Gesetz hinausgeht. Wenn die Menschen weniger Redefreiheit wollen, werden sie die Regierung bitten, entsprechende Gesetze zu erlassen. Wenn man also über das Gesetz hinausgeht, ist das gegen den Willen des Volkes."
- **25. April** „Ich hoffe, dass selbst meine schlimmsten Kritiker auf Twitter bleiben, denn das ist es, was Redefreiheit bedeutet."
- **26. März** „Da Twitter de facto als öffentlicher Marktplatz dient, untergräbt die Nichteinhaltung der Grundsätze der Redefreiheit die Demokratie grundlegend."

Kopf des Tages Seite 24

GÜNTER TRAXLER

Effekt ohne Knall

Der Wissenschaftsminister hat sich von seiner Haarpracht getrennt, in der ÖVP geht was weiter. So kann man aus der Haartracht gleich zweimal die Aufmerksamkeit einer wissenschaftsfernen Öffentlichkeit schinden, einmal schulterlang, einmal ohrenfrei. Er wenigstens ist damit für den Parteitag der Türkisen besser aufgestellt als der Kanzler, der sich seine Fasson von einer deutschen Storymachine verpassen lässt. Das hat Sebastian Kurz zu einer spukhaften Auferstehung als sogenannter Knalleffekt verholfen, begleitet von der Hoffnung, die Wirtschaft könnte von ihm verschont und die Volkspartei mit ihm wiedergeboren werden.

Denn der Glaube an eine Wiedergeburt mit Karl Nehammer kann in der ÖVP nicht wirklich fest sein, wenn man ihm schon den Start als neuer Parteiobmann vermiest, indem man den Vorgänger, dessen ruhmlosen Abtritt er die Ehre verdankt, in einem Aufwaschen nostalgisch als Erlöser abfeiert, neben dem jeder andere verblassen muss. Und sei es auch nur, weil er auslöffeln soll, was ihm hinterlassen wurde. An der weiter bestehenden Erlösungsbedürftigkeit der Volkspartei besteht kein Zweifel, und Nehammer wird zu spüren bekommen, für wen die türkisen Herzen wirklich schlagen.

Dass Kurz auf seinen Weg in die Privatwirtschaft nicht nur die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, sondern auch die von der Partei gesponserten Auftritte in den sozialen Medien mitgenommen hat und von dort immer wieder politisches Weiterleben vortäuscht, ist auch nicht hilfreich. Nehammer wird es nicht leicht haben, der Partei wieder jenes Maß an Glaubwürdigkeit zu verschaffen, das sie unter Kurz eingebüßt hat – sollte er das überhaupt ernsthaft versuchen.

Bisher hat er sich diesbezüglich bedeckt gehalten. Seine Beteuerung, die ÖVP habe kein Korruptionsproblem, war vielleicht nicht ernst gemeint und sollte dem neuen Parteiobmann nur ein erträgliches Wahlergebnis sichern. Die bitter nötige Aufbruchstimmung lässt sich mit realistischer Selbstkritik nicht erzeugen, besonders dann nicht, wenn gleichzeitig in Vorarlberg eine andere Parteihoffnung im Verdampfen begriffen ist.

Derzeit sieht es aus, als wollte sich Nehammer seiner Partei wenigstens als Mustergatte empfehlen. Auf den Fotos, die verbreitet werden, soll offenbar die Ikonografie einer Nehammer-Pose durchgesetzt werden. In welchem Outfit sich er und seine engste Beraterin dem profanen Blick des Volks darbieten: sie stets an seine linke Seite geschmiegt. Auf dem letzten Cover der *Krone bunt* er im Frack, sie im Abendkleid, als bereiteten sie sich schon seelisch auf den nächstjährigen Opernball vor. Beim Parteitag wird er ja kaum so auftreten.

Die Doppelikone gab es auch in den Versionen Businesslook, als Skihaserln und natürlich – das durfte nicht fehlen – als Trachtenpärchen, sie ausnahmsweise von ihm an seine rechte Seite gedrückt. Diese Version darf als besonders gelungen betrachtet werden, weil sie die Dienstvorschrift für Cobra-Personenschützer in Erinnerung ruft: Waun de kan Almdudler ham, gemma wieder ham.

In der Beurteilung des Nehammer'schen Paarungsverhaltens abseits der Kamera waren sich Michael Jeannée von der *Krone* und Barbara Tóth vom *Falter* einig, was nicht oft vorkommt. Sie halten innerfamiliäre Politberatung für Störung der ehelichen Ruhe.